RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND GESUNDHEIT

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Gesundheit
Herr Josef Winkler, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5576
VORLAGE

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

20.03.2024

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
Ref. PUK Bitte immer angeben!		Lucas Muth lucas.muth@mwg.rlp.de	06131 16-2871 06131 16-2997

26. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 05.03.2024

TOP 10: „Gewalt gegen Pflegekräfte und Ärzte“
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- V 18/5390

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der o.g. Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 05.02.2024 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Menschen, die in der Pflege arbeiten, vollbringen tagtäglich, vielfach mit größtem Engagement, Höchstleistungen, um anderen Menschen zu helfen. Wenn nun diese Menschen Gewalt bei ihrer Arbeit erfahren, ist dies in besonderem Maße schockierend.

Wir haben daher in den letzten Jahren viele Initiativen für mehr Respekt für Retterinnen und Retter durchgeführt, die auch die Pflege berücksichtigen. Bei der Befassung mit dem Thema – wie auch von der Pflegekammer in Rheinland-Pfalz vorgenommen – wird häufig darauf verwiesen, dass keine, oder nur wenige spezifische statistische Daten vorlägen. Unabhängig davon, wie die Datenlage aussieht, ist klar, dass Gewalt, Diskriminierung und sexuelle Belästigung, egal, ob körperlich oder verbal, keinesfalls toleriert werden können.

In Befragungen geben 40 bis 60 Prozent der Pflegenden an, schon einmal verbaler, non-verbaler oder körperlicher sexueller Belästigung ausgesetzt gewesen zu sein. Diese Zahlen lassen nur den Schluss zu, dass wir es hier nicht etwa mit einer „Überempfindlichkeit“ oder einem Randthema zu tun haben. Vielmehr handelt es sich hier um ein unbedingt berechtigtes Anliegen der Betroffenen, um das wir uns gemeinschaftlich und auf verschiedenen Ebenen kümmern müssen.

Gewalt gegen Pflegende ist dabei zunächst auch ein Thema des Arbeitsschutzes. Das rheinland-pfälzische Arbeitsministerium thematisiert die Problematik regelmäßig sowohl im Beirat für Arbeitsschutz als auch insbesondere im Rahmen der Arbeitsschutz-aufsicht: Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind verpflichtet, sich des Themas "Gewalt gegen Beschäftigte" in den von ihnen zu erstellenden Gefährdungs-beurteilungen anzunehmen. Sie müssen also bestehende Gefährdungen aufzeigen, dokumentieren und adäquate Maßnahmen zur Gegensteuerung daraus ableiten. Das kann - um nur ein paar Beispiele zu nennen - eine Fortbildung zur Deeskalation sein, ein Notrufknopf am Schreibtisch, ein räumlich verbesserter Arbeitsplatz z.B. mit einer Theke als Barriere oder auch mal einfach eine geöffnete Tür für möglichen Blickkontakt oder auch eine vereinfachte Meldeorganisation bei Gewaltvorkommnissen. Die Arbeitsschutzaufsicht bei den Struktur - und Genehmigungsdirektionen wie auch die Unfallkasse überwachen im Rahmen ihrer Zuständigkeit regelmäßig die Erfüllung dieser Verpflichtung.

Gerade im Kontext des Arbeitsschutzes muss man auch darauf hinweisen, dass Gewalt auch Begleiterscheinung einer Erkrankung sein kann – das ist insbesondere bei psychischen Erkrankungen der Fall und kann auch in der Demenzbehandlung eine Rolle spielen.

Die Möglichkeit, mit Gewalt konfrontiert zu werden oder dieser ausgesetzt zu sein, ist darüber hinaus bereits Bestandteil der Ausbildung. Auszubildende zur Pflegefachfrau/zum Pflegefachmann/zur Pflegefachperson werden bereits während ihrer Ausbildungszeit auf diese Problematik vorbereitet. Der aktuelle Lehrplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Ausbildung in der Pflege nach dem Pflegeberufegesetz (PflBG) thematisiert das Thema „Gewalt“ im Kontext verschiedener Lernsituationen und

aus verschiedenen Blickwinkeln. Insbesondere werden Auszubildenden dabei Kompetenzen im Zusammenhang mit Methoden der Kommunikation im Hinblick auf eine Deeskalation gewaltgeladener Situationen, im Zusammenhang mit der Mitarbeit an Schutzkonzepten in den jeweiligen Einrichtungen (Krankenhäuser, Pflegedienste, Pflegeheime) sowie im Umgang mit herausfordernden (gewaltbereiten) Patienten und/oder Angehöriger vermittelt. Ebenso bietet die Landesärztekammer Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte zum Umgang mit Gewalt an.

Über diese Maßnahmen hinaus ist jede Form von Gewalt gegen Pflegende und andere, die sich tagtäglich für Ihre Mitmenschen einsetzen, ein gesamtgesellschaftliches Thema. Seit 2019 setzt die Landesregierung z. B. mit den Aktionstagen „Respekt. Bitte!“ im Rahmen der Kampagne des Landes „Miteinander Gut Leben – Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“ ein Zeichen der Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Im Rahmen der regelmäßigen Aktionstage „Respekt. Bitte!“ besuchen Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre Mitarbeitende, um über Gewaltprävention, Schutz und Nachsorge zu sprechen sowie über Angebote zu informieren.

Dass die Pflegekammer Rheinland-Pfalz dieses Thema aktuell noch einmal aufgegriffen hat, geht auch auf die Initiative der Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen im Zuge der Aufarbeitung der Silvesternacht zurück. Dort wurde auch die Idee aufgebracht, eine Meldestelle für Gewaltfälle gegen Pflegende einzurichten. Wir stehen auch zu diesem Thema mit der Pflegekammer in einem konstruktiven Austausch.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch